

Es gilt das gesprochene Wort!

Petra Angela-Ahrens, Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Vorstellung der jüngsten Ergebnisse (April 2017) zur Stimmung in Deutschland gegenüber Flüchtlingen am Freitag, 12. Mai 2017, in Bonn

In fünf Befragungswellen zwischen November 2015 und April 2017 haben wir die Erwartungen der deutschsprachigen Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen untersucht. So haben wir mittlerweile einen differenzierten Überblick auch über mögliche Veränderungen der Stimmungslage in den vergangenen anderthalb Jahren. Und stellen fest: Die Stimmungslage ist seit unserer ersten Befragung geteilt und darin weitgehend stabil. Im westlichen Bundesgebiet überwiegt eher die Zuversicht, dass Deutschland die Herausforderungen durch die Aufnahme der Flüchtlinge bewältigen wird, mit aktuell steigender Tendenz. Im Osten Deutschlands fällt die Einschätzung aber nach wie vor eher skeptisch aus. Gerade vor diesem Hintergrund ist allerdings bemerkenswert, dass hier die Quote der aktuell Engagierten im April 2017 auf 7,7 % gestiegen ist – sie liegt damit erstmals über der im westlichen Bundesgebiet (7,4 %). Dieses Engagement verdient große Anerkennung gerade angesichts der hier vorherrschenden Skepsis der Mehrheit der Bevölkerung.

Eine große Stabilität zeigt sich bei der Anerkennung der humanitären Hilfe, die Deutschland mit der Flüchtlingsaufnahme leistet. Mit 86 % unterstreicht eine große Mehrheit, dass Deutschland damit Menschen in existenzieller Not zur Seite steht. Für 56,6 %

zeigt sich darin das Christliche unserer Gesellschaft.

Zwar werden auch die meisten der zehn auch im April 2017 nachgefragten Sorgen nach wie vor überwiegend geteilt., Sie sind aber im Vergleich zum Vorjahr fast durchgehend zumindest etwas zurückgegangen. An erster Stelle steht nach wie vor die Sorge, der Rechtsextremismus werde durch die Aufnahme von Flüchtlingen wachsen. Aber auch die Sorgen um bezahlbaren Wohnraum und um Sicherheitsfragen beschäftigen noch immer eine Mehrheit der Bevölkerung. Wir haben in allen Studien auch hier genauer auf die Zusammenhänge zwischen den Sorgen der Menschen und ihrer Beurteilung der Gesamtsituation geschaut. Und dabei zeigt sich, dass sie bis auf wenige Ausnahmen erheblich zu einer skeptischeren Sicht beitragen. Besonders stark sind die Ausschläge bei der Sorge, dass es durch die Ausgaben für Flüchtlinge in anderen Bereichen zu finanziellen Einsparungen kommt.

Die größte Bedeutung aber haben – auch im April 2017 – gelingende Erfahrungen im persönlichen Kontakt zu Flüchtlingen: Sie tragen am stärksten zu einer zuversichtlichen Beurteilung der Gesamtsituation bei.

Besonders interessant mit Blick auf die aktuellen Debatten ist, dass schon seit Beginn der Befragungen die Befürchtung, die muslimische Kultur könne den Alltag in Deutschland dominieren, keine Mehrheit findet (aktuell 38,2 %). Wer allerdings diese Sorge teilt, hat eben auch eine signifikant skeptischere Sicht auf die Aufnahme von Flüchtlingen insgesamt.

Erstmals haben wir in unserer Studie näher nach der Meinung der Deutschen zu Abschiebung und Zuzug von Flüchtlingen gefragt. Auffällig ist hier, wie sich das Meinungsbild auf differenzierende Nachfragen hin verändert: Knapp 39 % der Befragten votieren zunächst dafür, abgelehnte Asylsuchende in jedem Fall abzuschicken. Konkreter nachgefragt, sprechen sich von diesen knapp 39% aber 52,8 % dann doch dafür aus, diese zu dulden, wenn deren engste Familienangehörigen in Deutschland bleiben dürfen. Sogar knapp 72 % dieser zunächst entschieden für grundsätzliche Abschiebung Plädierenden sprechen sich für eine Duldung aus, wenn sich die abgelehnten Asylsuchenden bereits eine Existenz in Deutschland aufgebaut haben. Mit knapp 75 % fällt ihr Zuspruch noch etwas höher aus, wenn die Geflüchteten schon mehrere Jahre in Deutschland leben und gut integriert sind (74,5 %). Blickt man also auf die konkreten Kontexte und Konsequenzen von Abschiebungen, zeigt sich selbst bei diesen zunächst entschieden Abschiebungsbefürwortern eine breite humanitäre Grundstimmung.

Allerdings spricht sich ebenfalls eine Mehrheit der Befragten für die Begrenzung des Zuzugs Geflüchteter nach Deutschland aus. Unter den Voten für einen uneingeschränkten Zuzug liegt der Zuspruch für Ehepartner und Kinder, die ihren bereits hier lebenden Angehörigen nach

Deutschland folgen, mit knapp 38% an erster Stelle.

Bemerkenswerte Ergebnisse liefert auch die die abschließende, offen gestellte Frage nach den eigenen Vorstellungen dazu, wie das Problem zunehmender lebensbedrohlicher Fluchtversuche nach Europa und Deutschland gelöst werden könne.: Fast die Hälfte der Befragten äußert eigene Ideen. . 65% der Nennungen beziehen sich dabei auf eine Verbesserung der Lage in den Herkunftsländern, also auf die Bekämpfung der Fluchtursachen. Zudem sprechen sich immerhin 11% spontan dafür aus, Flüchtlinge in Sicherheit zu bringen bzw. ihnen sichere Fluchtwege anzubieten. Insgesamt richtet bei diesen offenen Äußerungen nur etwas mehr als ein Viertel den Blick auf eine Verhinderung oder Begrenzung der Einreise nach Europa. Hier sind also klare Prioritäten zu erkennen.“